

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:

Wochenschrift 4.-Mk. monatlich 12.-Mk. ...

Anzeigenpreis:

Die abgepolierte Komposition ...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Samstag, den 13. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Zentrum und Oberschlesien.

Der Parteitag der ober-schlesischen Zentrumspartei, der in Randzin stattfand, hat sich ausführlich mit der ober-schlesischen Angelegenheit befaßt.

Angefaßt der im Friedensvertrag vorgesehenen Abstim-mung, durch welche die ober-schlesische Bevölkerung ihr politisches Schicksal selbst entscheiden soll...

Zur Frage des ober-schlesischen Staatskommissariats wurde festgestellt, daß man sich mit dem Staatskommissariat als Einrichtung abfinden könne...

Die Wiener Kohlennot.

Der Oberbürgermeister von Wien erklärte, daß, falls die Nachbarstaaten keine Kohlen nach Wien senden, eine Katastrophe im Winter unvermeidlich wäre.

Die ungarische Gegenrevolution.

Bern, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Budapestener „Res Publica“ empfängt wichtige Nachrichten über die ungarische Gegenrevolution...

Enttäuschung der Tschechoslowaken.

Das tschechoslowakische Pressebureau meldet: Die Pariser Meldung über die Entscheidung über die Tschecher Frage rief allgemeine Enttäuschung und Bewegung hervor.

Ein Protest Montenegros.

Die montenegrinische Regierung richtete an die Friedenskonferenz und an die Regierungen der Großmächte einen Protest wegen der Nichteranziehung Montenegros zur Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages...

Ein Mißverständnis.

Bisson hielt in Montan eine Rede, in der er es als ein Mißverständnis bezeichnet, daß man den Vertrag mit Deutschland lediglich als einen solchen betrachte.

Regierung und Entente. Die Regierung wird ihre Stellungnahme zu der neuen Ententennote vor dem Ausschuß der Nationalversammlung...

Zur Arbeiterausweisung aus dem Elsaß.

Lörrach, 13. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Zur Besprechung der Frage der Ausweisung deutscher Arbeiter aus Elsaß-Lothringen...

Streik der Pariser Arbeiter.

Kopenhagen, 13. September. In den Städten der Umgebung von Paris droht eine Arbeitseinstellung der städtischen Arbeiter. Die Wasserwerksarbeiter im Seine-Departement haben den Streik erklärt...

Weitere Pfälzer Kundgebungen.

Außer den Kundgebungen der Waffenversammlungen in Reustadt a. D., Frankenthal und Landau gegen die Absonderungsbestrebungen von Keinen Rinderheiten in der Pfalz...

Die am Dienstag, den 9. September, im Luisenparksaal zu Grünstadt versammelten mehr als 1000 Männer und Frauen...

Beamtenzulagen — Beamtenrecht.

Der Staatshaushaltsausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte die Beratung über die einmalige Beihilfe, die den Staatsbeamten, Lehrern usw. gewährt werden soll, fort.

Des Weiteren beschäftigte sich der Ausschuß mit der Rechtslage der Beamten. Beschlossen wird, die Staatsregierung zu ersuchen, in die Verfassungsurkunde Bestimmungen aufzunehmen, durch welche die Rechte der Beamten auf Gehalt, Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung gewährleistet werden.

Das Zusatzprotokoll.

Du mußt es dreimal sagen. Zum ersten erklärt die deutsche Verfassung in ihrem Artikel 178, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt würden.

Man wird nicht nur in Deutschland fragen, ob es notwendig war, zur Erreichung dieses diplomatischen Ruhezustandes den großen Apparat eines Ultimatums in Bewegung zu setzen...

Darum erhoben sie die Forderung, Deutschland müsse zu einer Aenderung der fiesben erst vollendeten und vom Reichspräsidenten beantworteten Verfassung gezwungen werden.

In der deutschen Antwort wurden nun die sachlichen Bedenken wegen der Unberücksichtigung des Artikels 61 Abs. 2 mit dem Friedensvertrag in ruhiger Weise zerstreut...

Obwohl die Angelegenheit mit der bevorstehenden Erklärung dem Wunsche der alliierten und assoziierten Regierungen entsprechend erledigt wird, sieht sich die Deutsche Regierung doch noch zu folgenden grundsätzlichen Bemerkungen veranlaßt: Die Deutsche Regierung hat nach ihrer Ansicht keinen Anlaß dazu gegeben, das Verlangen nach Aufklärung vermeintlicher Widersprüche der deutschen Verfassung mit dem Friedensvertrag in einer derart schroffen Form zu stellen...

Die Antwortnote der Entente geht auf diesen Schluß der deutschen Erklärung nicht ein, woraus zu schließen ist, daß sie ihm nichts Durchschlagendes entgegenzusetzen hat.

Wenn die Entente diesen Maßstandpunkt, der mit Recht überhaupt nicht mehr zu tun hat, nicht aufrechterhalten will, so verstärkt das die Hoffnung, daß es mit der Zeit möglich sein wird, auf dem Wege gegenseitigen Uebereinkommens aus den gegenwärtigen Zuständen heraus überhaupt zu wirklichen internationalen Rechtszuständen zu gelangen.

Einen positiven Wert enthält die Antwortnote der Entente — trotz der geschnittenen Unliebendwürdigkeit ihrer Form — auch dadurch, daß noch einmal auf die künftige Möglichkeit einer Vertreibung Oesterreichs in den deutschen Reichsrat hingewiesen wird und daß an sie nur die schon bekannte Voraussetzung geknüpft wird, daß erst der Völkerbundsrat seine Zustimmung dazu gegeben haben müsse. Auch diese Regelung entspricht nicht den Wünschen jener französischen Gewaltpolitiker, die für alle Zeit den Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten verhindern wollen. Verzichten wir also nochmals ausdrücklich auf die nie gegebene Absicht, den Zusammenschluß unter Bruch geschlossener Verträge zu vollziehen, so brauchen wir keineswegs auf die Absicht zu verzichten, die Welt durch unermüdete Wiederholung unserer guten Gründe dem Anschlußgedanken günstig zu stimmen.

Daß eine gewisse Sorte von Pariser Politikern mit diesem Ausgang der Sache nicht zufrieden sein kann, leuchtet ohne weiteres ein. Aber wir möchten fragen, wie lange das französische Volk es diesen Politikern gestatten will, ihre unheilvolle Rolle weiter fortzuspielen.

Wir möchten fragen: „Ist nun Frieden oder nicht?“ Ruhig urteilende Franzosen, gleichviel welcher Partei, werden sich doch sagen müssen, daß es nicht zum Vorteil ihres Landes sein könnte, wenn sich im deutschen Volk der Glaube befestigte, Frankreich bleibe auch im Frieden der unverwundliche Erbfeind und Deutschland müsse ständig gegen französische Anschläge auf seinen staatlichen Bestand Schutz bei der nichtfranzösischen Welt suchen. Man braucht noch lange kein Anhänger einer einseitig verrannten, die Spitze gegen England richtenden „kontinentalpolitischen“ sein, um einzusehen, daß für beide Nachbarstaaten, Frankreich und Deutschland, ein Verhältnis wünschenswert ist, in dem sie eines dauernden Schiedsrichters in ewigen Streitigkeiten entbehren können.

Es liegt auch nicht im Interesse Frankreichs, Deutschland immer wieder den Ausbruch des klugen Verstandes im „Echo de Paris“ ins Gedächtnis zu hämmern, der Frieden von Versailles habe die Einigkeit der Alliierten für mindestens dreißig Jahre zur Voraussetzung. Das neue Deutschland will keine Politik des Auspielens der Gegensätze treiben, weil die alte Diplomatie sie zum Unheil der Welt betrieben hat, es hat die ehrliche Absicht, zu allen seinen einstigen Gegnern in ein gleich gutes Verhältnis zu gelangen und Schutz für seine berechtigten Lebensinteressen nicht bei einzelnen Mächten zu suchen, sondern beim erwachenden Rechtsbewußtsein der ganzen Welt. So liegt es im Interesse ganz Europas, daß das Rechtsbewußtsein des französischen Volkes nicht hinter dem anderer Völker zurückbleibt, daß es nicht länger durch die Intrigen unbefähigter Gewaltpolitiker ins Irre geführt wird. Hier eröffnet sich für den französischen Sozialismus eine große Aufgabe, die von ihrer Lösung noch recht fern ist, die er aber lösen muß im Interesse seines eigenen Vaterlandes, das zu misshandeln wir ihm niemals geraten haben, wie im Interesse der gesamten Menschheit.

Nochmals: Wer kommandiert im General-Kommando Lüttwitz?

Zu dieser Notiz teilt das Reichswehrgruppenkommando I mit, daß sowohl die erste Hausdurchsuchung wie der zweite Besuch der Zentralstelle für Einigung durch Agenten nicht auf Befehl des Reichswehrgruppenkommandos I erfolgt ist. Das Reichswehrgruppenkommando hatte zwar Anordnung zur Ueberwachung in ihre Räume. Eine Ueberwachung war wegen des begründeten Verdachts des Vertriebes kommunistischer Zeitschriften von dort aus geboten, ein Verdacht, der im übrigen weitere Anhaltspunkte gefunden hat. Wegen der Hausdurchsuchung sind die verantwortlichen Persönlichkeiten zur Rechenschaft gezogen.

So weit das Reichswehrgruppenkommando. Wir müssen hierzu bemerken, daß die gegen die Einigungszentrale erhobene Anschuldigung auf Vertriebe kommunistischer Schriften nur von einer politisch durch und durch unerfahrenen Persönlichkeit ausgehen kann. Die Zentralstelle wird von der großen Masse der R. P. D. wegen des „Einigungsstimmels“ scharf belächelt, und ihre allbekannten Zwecke und Ziele laufen wirklich nicht darauf hinaus, für die R. P. D. Propaganda zu machen. Bei der „Hausdurchsuchung“ behauptete der unbeauftragte Reichswehrfunktionär, der Sekretär der Zentralstelle habe kommunistische Schriften in einer vor kurzem abgehaltenen öffentlichen Versammlung, in der Eduard Bernstein referierte, verkauft. Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß das unwahr ist. Wahrscheinlich handelt es sich um einen jener kommunistischen Schriftensportreure, die jetzt fast bei jeder öffentlichen Versammlung fehlen. Der ganze Fall legt die Frage nahe, ob denn die Organe, die hier Anordnungen auf „Ueberwachung“ erlassen, auch nur die bescheidenste politische Vorbildung haben, die zur Ausübung solcher Kompetenzen gehört.

Zu der Hausdurchsuchung beim Genossen Schlesinger in der Pariser Straße stellt das Oberkommando Roske in einer Erklärung an uns ausdrücklich fest, daß weder es selber, noch eine der ihm unterstellenden Stellen Anordnung zu einer Hausdurchsuchung in der Wohnung Schlesingers gegeben hat. — Wir nehmen das mit Vergnügen zur Kenntnis, möchten aber gerne wissen, auf wen denn eigentlich die Hausdurchsuchung, die zweifellos vorgenommen wurde, zurückzuführen ist. Haben hier auch wieder „unbeauftragte“ gehandelt?

Reinhardts Verdienste.

Die scharfen Angriffe des Genossen Scheidemann gegen den Obersten Reinhard haben nochmals die Diskussion über die Rolle, die Reinhard in den kritischen Januartagen gespielt hat, in den Vordergrund gerückt. Die rechtsstehende Presse jammert über großen Unbarm und kann nicht genug Reinhardts Verdienste um die Rettung des Vaterlandes hervorheben, und selbst das demokratische „B. L.“, das im übrigen Scheidemanns Standpunkt energisch unterstützt, glaubt zugeben zu müssen, daß Reinhard wohl im Januar Gutes geleistet habe, was ihm aber keinen Preisbrief für ewige Zeiten ausstelle.

Wir müssen diese ganze Geschichtslegende zerstoren. Hier ist schon einmal darauf hingewiesen worden, in welcher höhnischen und herausfordernden Weise Reinhard im kritischen Moment seine Offiziellität für die Regierung abschnitte. Auch in den späteren Tagen, als er meckte, daß Spartakus nicht siegen würde und nunmehr wieder der Regierung einiges Interesse zuzuwandte, hat er durchaus nicht die entscheidenden Reden gehalten, die ihm seine Anhänger nachrühmen. Gerade an den Folgen des 11. Januar, die er in seinem bekannten

Schreiben an den „Vorwärts“ so herabwürdigend, hatte er keinen Anteil. Er war es vielmehr, der durch seine Großmännlichkeit die damalige Aktion zur Wiederherstellung der Ruhe ernstlich gefährdete. Oberst Reinhard hatte sich, nachdem er bereits im Dezember mehrere vergebliche Versuche gemacht hatte, Stadtkommandant zu werden, zum Kommandanten von Berlin“ heraufgestiegen. Kategorisch verlangte er alle Nachvollkommenheiten und weigerte sich, mit seiner Truppe irgend etwas zu unternehmen, sofern er nicht als Oberbefehlshaber anerkannt werde. Als er sein Ziel nicht erreichte, schmolte er und überließ es den anderen Truppen, am 11. Januar das zu vollbringen, dessen er sich jetzt zu Unrecht rühmt.

Die Truppen, die in der Januarwoche neben der damals gebildeten „Schutztruppe“ die Hauptarbeit leisteten, waren die von der Kommandantur ohne das Zutun des Herrn Reinhard herangezogenen Verbände aus der Garnison Potsdam und die ebenfalls der Kommandantur zugehörigen Regimenter der Berliner Garnison, insbesondere die Kaiserer. Franzer und das 3. Garderegiment. Nicht der Oberst war es, der diese Verbände in den bedrohlichen Tagen zu einem brauchbaren Truppenkörper vereinigte. Es waren die Leute der Kommandantur, die, ohne jemals nachträglich Bekanntschaft für ihre Personen gemacht zu haben, die große organisatorische Arbeit vollbrachten. Aber auch militärisch hat der Oberst nichts geleistet. Er nimmt für sich das Lob in Anspruch, das nur dem Major Stephani zukommt.

So seien Reinhardts „Verdienste“ aus, und was die angebliche Dankesspflicht anbelangt, so möchten wir daran erinnern, daß die Regimenter Liebe und Reichsflagge, die im Januar mehr getan haben als Oberst Reinhard, sehr bald aufgelöst wurden, sobald man sie auf Grund stark übertriebener Mitteilungen für „spartakistisch“ versucht“ hielt. Damals hat kein konservatives Blatt über Lindan geklagt.

„Deutsche Tageszeitung“ und Kriegsgefangene.

Ein Kriegsgefangener schreibt uns:

Dieser Tage ist uns hier die „Deutsche Tageszeitung“ vom vorigen Monat in die Finger geraten; diese hatte die große Dreistigkeit befehlen zu schreiben, daß sämtliche amerikanische Gefangene Ueberläufer seien, wofür wir alle, ob Offiziere oder Mannschaften, den Gegenbeweis antreten können. Dagegen hielt es ein katholischer Pfarrer in München für gut, in empörender Weise uns Gefangene als Ueberläufer und Verräter zu beschuldigen; die Predigt erreichte den Zweck, indem zwei Bräute von gefangenen Kameraden sofort die Verlobung brieflich auflösten mit der Begründung, sie könnten unmöglich mit solchen schloßen Männern ein Bündnis schließen, da es ja der Herr Pfarrer selbst von der Kanzel gepredigt habe. So geht es uns Gefangenen. Nicht nur, daß wir das schwere Los der Gefangenschaft ohne jedes Verschulden durchmachen müssen, ernien wir auch noch aus der Heimat, der wir tapfer gedient haben, diesen eldhaften, aber von uns erwarteten Dank und sind gegen solche schweren Verleumdungen völlig machtlos.

Wahrscheinlich überkommt die „Deutsche Tageszeitung“ nach der Lektüre dieses Briefes endlich ein Gefühl, daß sie ganz verloren zu haben scheint und das doch unter anständigen Menschen nichts Seltenes sein sollte: ein Gefühl der tiefen Beschämung nämlich. Sie, die, ihr Chefredakteur voran, jahrelang hindurch von der sicheren Redaktionsstube aus nicht genug Leute in den Tod schickten, um für ihre nationalpolitischen Interessen zu verbluten, sie wagt es heute, unsere Gefangenen in derart gemeiner Weise zu beschimpfen. Diese aber werden noch ihrer Rückkehr erkennen, wo ihre wahren Feinde sind.

Die „Futterkrippe“.

Wenn der preussische Minister des Innern, Genosse Heine, den reaktionären Verwaltungsapparat gründlich umbaut und die alldeutschen Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte durch modern denkende Persönlichkeiten ersetzt, so ist das noch der Behauptung reaktionärer Blätter nur ein Kampf um die „Futterkrippe“, und die Unabhängigen, die alle Tage jammern, daß nicht genug geschäbe, tun in das selbe Horn.

Für die Reaktionsäre ist der preussische Verwaltungsapparat natürlich niemals eine Futterkrippe gewesen. Nur die sachliche Tüchtigkeit half dem Beamten aufwärts, — so sagen sie. Zufällig fällt uns ein Bericht der „Schlochau Freitagzeitung“ vom 6. September über eine in Schlochau stattgehabte Versammlung in die Hände. Die Versammlung war vom Arbeiterrat einberufen, um sich mit Schiebungen auf dem Landratsamt zu beschäftigen. Der Arbeiterrat berichtete, daß die Ausbedung dieser Schiebungen nur mit größter Mühe möglich war, da immer wieder durch das Landratsamt Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Der Landrat hätte schon vor Zeiten Abhilfe schaffen können. Aber trotz aller Warnungen, die ihm von Kreis-eingeweihten und von seinen eigenen Beamten zugegangen waren, hat der Landrat den Schiebern noch andere Remter gegeben und noch größeres Vertrauen als früher geschenkt. Der Arbeiterrat mußte infolge dessen auf eigene Faust handeln, um die Schiebungen aufzubeden, was ihm schließlich gelang.

Wie wir erfahren, ist der bisherige Landrat von Schlochau, Herr v. Raack, vom Ministerium des Innern vorläufig seines Postens entbunden und bis zum Abschluß der Untersuchung beurlaubt worden. Grund genug für die alldeutschen Blätter, einmal wieder über die Entfernung der „alten zuverlässigen Beamten“ und die „Futterkrippe“ zu zetern!

Deutschnationale Zumutungen.

Was sich die Deutschnationalen alles erlauben, beweist das Schreiben eines Geschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei, in welchem dieser einen Gemeindevorsteher in einem Orte der Niederlausitz um vertausliche Mitarbeit und Nennung der Namen deutschnational gesinnter Männer hat. Der Gemeindevorsteher soll also in seiner amtlichen Eigenschaft unter einer republikanischen Regierung einer monarchischen Partei Vorkampfdienste leisten. Das ist immerhin allerhand und beweist, daß jene Herrschaften sich noch immer viel zu sicher fühlen.

Keine Verschönerung von Flugzeugen. Die „Freiheit“ berichtet in ihrer heutigen Ausgabe, daß vom Flugpark Adlershof drei Flugzeuge nach Aurland verschoben worden seien. Hierzu wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß diese Meldung auf einer Irreführung beruht. Die Nachricht, daß am Sonnabend drei Flugzeuge in Adlershof fertiggestellt seien, um nach Aurland gebracht zu werden, entbehrt jeder Begründung. Ein derartiger Auftrag ist der zuständigen Stelle weder erteilt, noch von ihr ausgeführt worden.

Wahlkreis in Prenzlau. Aus Prenzlau wird uns berichtet: Bei der Magistratswahl, die hier am 9. d. Mts stattfand, wurden gewählt: 4 Mehrheitssozialisten, 2 Unpolitische, 1 Demokrat, 1 Beamter. Die Mehrheitssozialisten haben nunmehr im Stadtparlament, wo sie bisher mit 18 gegen 18 Stimmen gegen die anderen Parteien standen, die absolute Majorität.

Der Münchener Geiselmord vor Gericht.

München, den 13. September 1919.

Ein längere Zeugenvernehmung gibt es dann noch in Bezug auf den Angeklagten Böffel, der aus der Untersuchungsphase einen Brief an seine Frau eines Frei. Wagenjohn, hinausgeschmuggeln wollte und in welchem er diese ersuchte, einen Zeugen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Der Zeuge sollte nichts davon sagen, daß er im Wittelsbacher Palais gewesen sei. — Die Braut enthält sich ihres Zeugnisses. — Bigamieklammerer Krüger, Berlin vom Freikorps Ruhow und Unterwiesentorfer Geh. Berlin haben die Verhaftung des Böffel vorgenommen, da dessen Braut erzählt hatte, daß ihr Bräutigam bei den Geiselererschickungen beteiligt gewesen sei. — Es wird dann noch das Zeugnis der Hausbesitzerin Wirsing verlesen, der Schiedsrichter erzählt hat, die alten Soldaten im Gymnasium hätten sich geweigert, die Geiseln zu erschließen, darauf habe er vier junge Soldaten herangezogen. Der Angeklagte Schiedsrichter bestreitet, daß er die jungen Soldaten zur Erschließung befohlen habe, sie hätten sich freiwillig gemeldet. — Eine weitere Zeugin Frau Vogner, die ein Liebesverhältnis mit dem Angeklagten hatte, sagt aus, daß sie

am Abend des Mordtages mit ihm ein Tanzlokal besucht habe. Dort habe ihr Danne erzählt, daß er am verflohenen Nachmittage Geiseln mit erschossen habe. Dabei habe er sich geireut und gelacht. Geld habe er „massig“ gehabt. Vorf.: „Hatte er das Geld schon vorher gehabt?“ Zeugin: „Ich habe geglaubt, daß er

Geld für die Erschließung der Geiseln bekommen hat.“ Vorf.: „Haben Sie ihn nicht gefragt, warum er mitgeschossen hat?“ Zeugin: „Ja, ich habe gefragt, wie kann man nur so etwas machen. Darauf hat er gesagt: „Ich hatte den Befehl dazu.“ Vorf.: „Sagen Sie auch nicht gegen ihn aus, weil das Verhältnis jetzt gelöst ist?“ Zeugin: „Nein, ich habe mit ihm geschrien, weil er ein anderes Verhältnis hatte. Er hat auch zwei Kinder.“ — Der Zeuge Pauli konnte nicht erscheinen, es wird deshalb seine Vorvernehmung verlesen. Er gibt an, daß er den Angeklagten Huber Mitte Mai getroffen habe. Dieser habe ihm erzählt, daß er im Luisenpark-Gymnasium gewesen sei und auch mitgeschossen habe. Bei dem Kampf in Wiesing habe er ein Maschinengewehr bedient. Angeklagter Huber: „Ja, ich habe ihm darüber erzählt. Aber ich habe nicht gesagt, daß ich mitgeschossen habe.“ — Der Zeuge Lehner, der Ordnungsmann im Luisenpark-Gymnasium war, sagt aus, daß in der Nacht zum 30. der Aktionsauschuh dort gewesen sei. Er habe die Herren gesehen, wisse aber nicht, wer sie gewesen seien. Man habe ihm bestimmt berichtet, daß Lezien dabei gewesen sei. Die Herren vom Aktionsauschuh seien häufig ins Kommandantenzimmer gekommen. Vorf.: „Wen hat man denn in das Zimmer hineingebracht?“ Zeuge: „Johel Weisgardisten.“ Vorf.: „Haben Sie etwas beobachtet?“ Zeuge: „Ich habe gehört, wie einer vom Aktionsauschuh sagte, man solle die beiden Soldaten nicht so schlagen. Ein anderer Herr vom Aktionsauschuh hat darauf geantwortet: „Das tut gar nichts.“ Vorf.: „Und Ihre Beobachtungen beim Geiselererschießen?“ Zeuge: „Es waren etwa 500 bis 600 Soldaten bei der Hinrichtung. Solange ich da war, hat Haushmann kommandiert.“ Vorf.: „Sie sollen daheim, am Abend des 30., sehr aufgeregt gewesen sein und gesagt haben, Sie hätten während des Krieges viel gesehen, aber so etwas nicht. Sie sollen gesagt haben:

„Die Asten haben sich aufgeführt wie die Ohnen.“

Zeuge: Den Ausdruck habe ich nicht gebraucht. Vorf.: Die Geiseln, so erzählten Sie weiter, sei unzüchtig angepaßt worden. Sie habe sich gewehrt, sei aber doch an die Wand gestellt worden.“ Zeuge: Ich habe nichts davon gesehen.

Als nächste Zeugin wird Fräulein Hilde Kramer, die vom Pressesich weg als Zeugin geladen wurde, vernommen. Vorf.: Sie waren für die Räterepublik tätig und sollen Haftbefehle geschrieben haben. — Zeugin: Ja, auf Veranlassung des Stadtkommandanten Wehret. Als Grund für die Verhaftung wurde die Auffindung belastenden Materials angegeben. Es waren 13 Stempel der Stadtkommandantur, des Väterbahnhofs, der Arbeiterwehr, das Postämte Gshofers und der Stempel des alten Volksgartens. Dann hat man 8000 Flugblätter der Demokratischen Partei und einige Judenheftblätter und Mitgliedskarten der R. P. D. gefunden. — Vorf.: Waren Sie bei der Vernehmung der Geiseln dabei? — Zeugin: Nein. — Vorf.: Waren Sie auch im Luisenpark-Gymnasium? — Zeugin: Ich kann nur feststellen, daß ich nie in meinem Leben dort war. Die Zeugin wird dann entlassen. Dann wird die Witrin Schieds-hofers vernommen. Sie bekundet, Schieds-hofer habe oft mit seiner Frau Streit gehabt. — Vorf.: Hat

seine Frau auch Liebe bekommen?

Zeugin: Ja, ja. — Vorf.: Was hat Ihnen denn Schieds-hofer am 1. Mai erzählt? — Zeugin: Er hat den Hausjungen gebracht, und da habe ich ihn nach dem Geiselmord gefragt. Er hat gesagt, sie sind erschossen worden, weil sie unsere Leute auch erschließen. Er habe dem Oberkommando den Befehl erhalten, vier Mann zur Geiselererschließung zu stellen. Dann hat er mir von Thurn und Taxis erzählt. Der habe gesagt, als man ihn an die Wand stellte: „Hier ist meine Frau, schieß gut.“ Ich habe dann nichts mehr über den Mord hören wollen, denn mir hat gegraut. — Der Zeuge Raffreiter erzählt: Ich habe gehört, wie Bürger dieser Angeklagte ist bisher noch nicht belastet worden; dem Geiselmord erzählt hat. Er hat sich ganz höhnisch angebrüdet; wie ein Lustmörder hat er sich benommen und gesagt:

„Wie wir die niedergeschossen haben, das ist eine Herrude gewesen.“ Angeklagter Bürger: Ich habe bei dieser Unterhaltung nur zugehört. Der, wo das gesagt hat, ist ein kommunistischer Offizier gewesen. — Rechtsanwalt Liehnecht verlangt die Ladung Münchener Zeugen, die über die Blutdaten von Regierungstruppen, über die Ermordung Landauers ausfragen sollen. Die Verlesung der Zeugen, die Dr. Liebnecht vernommen sehen will, dauert etwa eine Stunde. Die Anträge des Rechtsanwalts Liebnecht werden schließlich nach kurzer Beratung des Gerichts samt und sonders abgelehnt.

Industrie und Handel.

Berie.

Die politischen und wirtschaftlichen Reibungen haben auch im heutigen Verkehr völlig ungedeutet. Der Trubel in Kolonialpapieren setzte sich in unverminderter Weise fort. Zum Teil wurden neue starke Aufwärtsbewegungen erzielt. Das galt in erster Linie bei Bomona, die gestern 2900 geschlossen hatten und heute um 900 Proz. höher mit 3200 eröffneten, später dann 300 Proz. wieder bergaben. Deutsche Kolonialanteile liegen zunächst um 80 Proz. bis auf 1150 und gingen dann weiter hinauf bis auf 1200. South-west 202 nach 197, Kongo 74 nach 76, Neu-Guinea 281 nach 287, Ostafrikanische 234 nach 237, Ostafrikanische 100 nach 108. Am Aufstiegsmarkt: Diesel-Kupfer, Röhren-Flottweiler und Deutsche Waffen bis 7 Proz. gebessert. Von Elektrizitätspapieren Bergmann 3 und Schudert 4 Proz. höher, dagegen Westl. Licht- und Kraft 3 Proz. schwächer. Kanada anfangs 15 Proz. höher, später 6 Proz. niedriger. Baltimore wenig verändert, Steuwa Romana 5 Proz. und Deutsche Petroleum 3 Proz. niedriger. Dagegen Deutsche Erdöl 5 Proz. höher. Orientbahnen 5 Proz. nachgebend. Prinz Henry 5 Proz. anziehend. Türkische Tabak- und Kredit-Aktien wenig verändert. Russische Banken anfangs fest, später nachgebend. Kriegsanleihe 70%, die älteren heimischen Anleihen ruhig und wenig verändert.

